

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses
Herrn Martin Börschel

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 30.10.2008

AN/1940 /2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	

Neubesetzung von Leitungsstellen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Kölner Bürger Bündnis bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung aufzunehmen:

Beschluss:

Die Gesellschaftsvertreter des Rates in städtischen Unternehmen werden angewiesen, auf die Umsetzung folgender Punkte hinzuwirken (1. – 3.) bzw. sich diesen selber zu unterwerfen (4.):

1. Eine interne Überprüfung, ob eine Neubesetzung der Stelle des derzeitigen Vorstandmitgliedes der KVB AG, Frau Dipl. Kauffrau Edith Wurbs, erforderlich ist oder ob die Aufgabenorganisation nicht eine andere, inhaltlich sinnvolle und kostengünstigere Verteilung der Aufgaben ermöglicht.
2. Sollte die interne Überprüfung zu 1. das Ergebnis einer Neubesetzung haben, wird diese nach den Kommunalwahlen 2009 durch den neu gewählten Rat bestimmt. Bei einer eventuellen Neubesetzung gibt es kein Vorschlagsrecht einer einzelnen politischen Gruppierung (Zugriffsrecht auf Stellen).
3. Eine interne Überprüfung der Organisationsform der obersten Unternehmensführung der städtischen Kliniken. Diese Überprüfung sollte unabhängig von dort anstehenden vertraglichen Revisionen erfolgen.

4. Der Rat bekennt sich zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Im Sinne dieses Gesetzes darf die Parteizugehörigkeit bei Auswahlverfahren eines Kandidaten keine Berücksichtigung finden. Insbesondere darf die Parteizugehörigkeit auch nicht abgefragt, überprüft oder zum Gegenstand irgendwelcher Beratungen gemacht werden. Sollte die Parteizugehörigkeit eines Kandidaten, entgegen dieser Regelung, in irgendeiner Form Eingang in das Verfahren gefunden haben, ist das Verfahren zur Stellenbesetzung zu wiederholen.

Begründung:

Auf Grund der enormen Kosten und den damit verbundenen jährlichen Defiziten im 3-stelligen Millionenbereich der KVB AG, ist eine Neubesetzung, insbesondere in den Vorständen der Stadtwerke Köln, auf den Kosten - Nutzen-Effekt hin zu prüfen. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Köln schwer zu vermitteln, dass die Gewinne der Rhein-Energie AG in der Hauptsache dazu verwendet werden um die Defizite der KVB AG auszugleichen und gleichzeitig wird nicht sichergestellt, dass die Organisation der obersten Unternehmensleitung unter Berücksichtigung der Arbeitseffizienz und der Kosten optimal ist. Da die Gesamtkosten eines Vorstandmitgliedes der KVB AG sich im 6-stelligen €-Bereich befinden, sehen wir hier eine sehr gute Gelegenheit auch den Bürgern zu vermitteln, dass wir in allen Bereichen wo es möglich ist, die Kosten senken.

Ähnlich sieht die Situation bzgl. der städtischen Klinken aus, wo den Herausforderungen des Gesundheitsmarktes zukunftsfähige Strukturen und Systeme entgegengesetzt werden müssen, damit die Klinken bestehen können.

Weiterhin muss die Stadt Köln endlich mit den, den Bürgern nicht mehr zu vermittelnden 'Zugriffsrechten' von Parteien auf einzelne Stellen aufhören. Die Bürger wollen die besten Kandidaten auf den Stellen sehen und nicht diejenigen, die das passende Parteibuch haben.

gez. Dr. Martin Müser